

# Schweden: „Muslimbruderschaft errichtet Parallelgesellschaft in Europa“

von Detlef Kossakowski

[Veröffentlicht am 09.03.2017 von EpochTimes](#)

- Laut einem Bericht der schwedischen Zivilschutzbehörde baut die Muslimbruderschaft eine Parallelgesellschaft in Europa auf. Diese Situation zu kritisieren, sei schwierig.

„Die Muslimbruderschaft hat die Agenda der Errichtung einer Parallelgesellschaft in Europa“, so ein Bericht der schwedischen Zivilschutzbehörde MSB.

Außerdem würden die „politischen Eliten“ eine öffentliche Kritik erschweren, heißt es darin. Dies berichtet das österreichische News-Portal [„Heute.at“](#).

Der Islam sei zunächst nicht mit dem Islamismus gleichzusetzen, betont die dem Verteidigungsministerium unterstehende Behörde. Beim Islamismus handele es sich um eine politische Strömung. So stehe insbesondere die Muslimbrüder in der Kritik ein weltweites Kaliphats zu errichten zu wollen. Die Bruderschaft sei mit diesem Ziel im Jahr 1826 gegründet worden.



Protest vor der iranischen Botschaft in Stockholm.  
Foto: JONAS EKSTROMER / AFP / Getty Images

## Ziel: Zahl der Muslime in Schweden zu erhöhen

Ein Vorhaben der Bruderschaft sei es, die Zahl der Muslime in Schweden zu erhöhen, so die Studie. Dies wiederum führe zu Spannungen in der säkularen Gesellschaft und gefährde die zivile Ordnung.

Zugleich habe die Muslimbruderschaft das politische Ziel eine islamische Parallelgesellschaft zu erreichen, *„in der Muslime in eigene Schulen gehen und Zugang zu kommunalen Dienstleistungen haben, die im Einklang mit islamischen Normen stehen,“* so der Bericht. Zudem wird vor größeren sozialen Spannungen durch weitere Einwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten gewarnt.

## „Politische Eliten“ schreiben Verhalten gegenüber Minderheiten vor

An solchen Vorhaben Kritik zu äußern könne dazu führen, als „rassistisch“ oder „islamophob“ bezeichnet zu werden. Die politischen Eliten im Land würden vorschreiben, wie man sich als Mitbürger gegenüber Minderheiten zu verhalten habe, heißt es im Bericht.

So werden Werte wie „Akzeptanz“ und „Toleranz“ für Mitbürger verlangt, *„die in irgendeiner Art vom Mainstream abweichen“*. Diesen Menschen sollten kulturelle und religiöse Rechte eingeräumt werden, damit sie ihren spezifischen Lebensstil bewahren und teilweise auch entwickeln können.

Sollte man Probleme mit diesen Wertvorstellungen haben, so sei es aus politischen Gründen außerordentlich schwer, diese öffentlich zu kritisieren, beklagt der [Bericht](#).